V.b.b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédite par l'éditeur"

1. Jahrgang - Nr. 29 - Preis 25 Groschen

Der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ

Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50 Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R.: vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90 Österreichisches Postsparkassen-Kto. B-11.035, Tschechoslowakisches Postsparkassen-Konto 501.540, Polnisches Postsparkassen-Konto Dr. Aron Goldin 27.765

Wien, Freitag, den 24. November 1933
וינה, יום ו׳ ו׳ כסלו תרצ״ד

Redaktion und Administration: Wien, 9., Berggasse Nr. 16 - Telephon Nr. A-17-5-40

Vom Einwanderungskriegsschauplatz

Jerusalem, 22. November. (Spezialtelegramm des „Judenstaat")
Die Palästinaregierung hält die Grenzen dauernd unter strenger Bewachung. Alle jüdischen Touristen, die in den letzten Wochen ins Land kamen, waren strengster Kontrolle unterworfen.

Auch die Razzien nahmen zunächst ihren Fortgang, 48 Personen wurden angehalten, deren Ausweisung wahrscheinlich ist. Allerdings scheint in den Razzien eine Pause eingetreten zu sein, da in den letzten zwei Tagen keine unternommen wurden. Ob das eine dauernde Sistierung der Razzien bedeutet oder nur ein taktisches Moment, um den „Feind" in Sicherheit zu wiegen, wird die nächste Zeit lehren.

Protestbewegung gegen England

Die jüngsten Maßnahmen der Regierung Palästinas gegen die jüdische Einwanderung haben in der ganzen jüdischen Welt Empörung und Erbitterung ausgelöst. In fast allen Ländern jüdischer Massensiedlung ist es zu spontanen Kundgebungen gegen das Vorgehen der Palästinaregierung und das mandatwidrige Verhalten Großbritanniens gekommen. Einen besonders großen Umfang nahmen die Demonstrationen in Polen an. Die Nachrichten, die unser Blatt „Der Judenstaat" in seiner vorwöchigen Nummer aus Palästina bringen konnte, erregten in Polen größtes Aufsehen. Die großen jüdischen Tageszeitungen Warschaus und der Provinz druckten diese Nachrichten in großer Aufmachung nach und nahmen in Leitartikeln zu ihnen Stellung. Sowohl in diesen als auch in Entschlüssen der maßgebenden jüdischen Organisationen und in spontanen Handlungen der jüdischen Massen kommt der unbeugsame Wille zum Ausdruck, eine geeinte Front gegen Englands Attacken zu bilden. In Ostgalizien trat die Exekutive der zionistischen Landesorganisation zu einer Sitzung zusammen, die die Abhaltung großer Protestaktionen und Massenmeetings beschloß.

An der Spitze der Protestbewegung steht überall die Weltunion der Zionisten-Revisionisten. Ihr Führer Vladimir Jabotinsky, der sich jüngst nach London begab, um mit verschiedenen Persönlichkeiten des politischen Lebens Fühlung zu nehmen, gab dort bei dieser Gelegenheit einem Presseempfang eine Erklärung ab, die die Stellungnahme der revisionistischen Weltunion zum Ausdruck bringt. (Wir veröffentlichen diese Erklärung an anderer Stelle). Der Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs brachte den Protest des österreichischen Judentums gelegentlich der Tagung des österreichischen Revisionistenrates und des Generalappells des Berit Trumpeldor vor die Öffentlichkeit.

Das jüdische Palästina protestiert

Jerusalem, 19. November. In Jerusalem und in anderen Städten fanden mehrere massenhaft besuchte Versammlungen statt, in denen Redner aller jüdischen Parteien und Richtungen des Jischuw gegen die Einwanderungspolitik der Palästina-Regierung protestierten und dieser Politik schärfsten Kampf ansagten. Die von der Regierung in der Einwanderungsfrage befolgten Richtlinien wurden als eklatante Verletzung des Mandats bezeichnet. Die Redner aller Parteien traten für innerjüdischen Burgfrieden ein, damit der Kampf gegen die englische Palästinapolitik mit vereinten Kräften geführt werden könne. Es kam nirgends zu irgendwelchen Ruhestörungen. Weitere Kundgebungen im ganzen Lande sind angesagt.

Revisionistischer Protest in Warschau

Warschau, 19. November. Mehrere hundert Mitglieder des revisionistischen Reservistenbundes Brith Hachajal und Jugendbundes Brith Trumpeldor demonstrierten vor dem englischen Konsulat in Warschau gegen die Einwanderungspolitik der Palästinaregierung. Polizei mußte einschreiten, um die Demonstranten zu zerstreuen, von denen sie einige verhaftete.

Die Jewish Agency protestiert

Die Mitglieder der Jewish Agency-Exekutive Moses Shertok und Ben Gurion besuchten den High Commissioner und erklärten ihm, die jetzige Einwanderungspolitik der Regierung bedeute ein direktes Abweichen vom Inhalt des Briefes des Premiers MacDonald an Dr. Weizmann vom Februar 1931, in dem festgelegt wurde, daß erstens die Aussicht auf nur vorübergehende Beschäftigung die Einwanderer nicht disqualifiziere und zweitens arabische Arbeitslosigkeit auf die Festsetzung der Höhe der jüdischen Einwanderung keinen Einfluß haben dürfe. Setzt die Regierung ihre jetzige Politik fort, so kann das Resultat nur sein, entweder die Juden in ihrer Aufbauarbeit zu behindern oder sie zu zwingen, Araber zu beschäftigen; beides aber spreche den Grundsätzen des Jüdischen Nationalheims Hohn.

Die Jewish Agency erklärt außerdem in einem Kommuniquee, die neue rapide und gesunde Entwicklung in Palästina habe, soll sie von Dauer sein, eine intensive Einwanderung zur Voraussetzung. Die Einwanderungsbeschränkung hat Arbeitermangel zur Folge, der nicht mehr, wie in der Vergangenheit, durch illegale Einwanderer behoben werden kann. Wenn Sir Arthur Wauchope seine Vorsicht bei der Festsetzung der Einwandererzahlen damit erklärt, daß ein Rückschlag Tausende aus ihrer Arbeit werfen könne, so hat demgegenüber die Erfahrung der letzten drei Jahre gezeigt, daß die Berechnungen der Jewish Agency keineswegs radikal, sondern konservativ waren, indem bisher mehr Menschen absorbiert werden konnten, als die von der Jewish Agency beanspruchte Zahl Zertifikate.

Die Jewish Agency erachtet das in den Worten und Handlungen der Regierung zum Ausdruck kommende System als tatsächliche Mißachtung ihrer Verpflichtung. Die Einwanderung, so heißt es am Schluß der Erklärung, hat die Verwaltung Palästinas bereichert, indem sie eine Prosperität schuf, die anderwärts ihresgleichen nicht hat und der von der Verwaltung erzielte Ueberschuß wird zum Nutzen aller Bevölkerungsteile verwendet. Jüdische Einwanderung nach Palästina erfolgt kraft eines Rechts und nicht auf Grund von Duldung; sie ist das Lebensblut des jüdischen Nationalheims. Mehr als jemals betrifft sie heute die Existenz der jüdischen Massen; das jüdische Volk wird ihre künstliche Einschränkung nicht ruhig hinnehmen.

Sie verstehen einander:

Neun Plagen von Ägypten-Britannien

Jerusalem, 16. November. Ein soeben herausgegebenes Regierungs-Kommuniquee gibt ein Gespräch zwischen dem High Commissioner Sir Arthur Wauchope und sechs ihn besuchenden arabischen Bürgermeistern, die gegen „unerlaubte jüdische Einwanderung Beschwerde" führten, wieder. Danach behauptet der Bürgermeister von Jerusalem Ragheb Bey Nashashibi, daß zahlreiche Juden als „Kapitalisten" ins Land kommen, ohne die vorgeschriebene Summe von 1000 Pfund wirklich zu besitzen; diese Einwanderer geben das Geld einer dem anderen weiter und erschleichen sich auf diese Weise die Zertifikate. Es sei auch nicht wahr, daß es keine jüdische Arbeitslosigkeit gibt. Nashashibi forderte eine das Volk repräsentierende Regierung, die die Einwanderung stoppen wird. In dem gleichen Sinne sprachen die Bürgermeister von Nablus, Haifa und Ramleh.

Sir Arthur Wauchope erwiderte, die Regierung erstrebe die allmähliche Eliminierung unerlaubter Einwanderung und habe neun Maßnahmen in dieser Richtung ergriffen, nämlich; Ausweisug, Geldstrafen, Einziehung der hinterlegten Kaution von 60 Pfund, Pflicht zum Vorzeigen von Rückreisebilletten, Beschränkung in der Zulassung von Passagieren III. und IV. Klasse aus Europa und Amerika in den Häfen Jaffa und Haifa, Vorenthaltung von Visen für Personen mit vorläufigen Pässen wie Nansenpässen, Einsetzung eines besonderen Beamtenstabes zur Unterbindung illegaler Einwanderung, schließlich Zulassung nur solcher Immigration der Kapitalistenklasse, die Bestätigungen bestimmter Banken vorzeigen, daß sie wirklich im Besitze von 1000 Pfund sind.

Alte Unruhen werden untersucht, neue angekündigt...

Jerusalem. Die Kommission, die unter dem Vorsitz von Sir William Murison die Ursachen der jüngsten Araberunruhen in Palästina untersuchen soll, wurde von der Palästina-Regierung im Einverständnis mit dem Colonial Office bereits bestimmt und wird der Palästina-Regierung über die Ergebnisse ihrer Arbeiten Bericht erstatten.

Die Arabische Exekutive hat in einer am 17. November abgehaltenen Sitzung, an der 33 Exekutivmitglieder teilnahmen, beschlossen, die Arbeiten der Murison-Kommission zu boykottieren.

Ferner wurde beschlossen, am 9. Dezember eine Versammlung zum Gedächtnis der bei den Kundgebungen getöteten Araber abzuhalten und am 17. Januar eine neue Kundgebung zu veranstalten.

Antwort auf den Kreuzzug der Palästinaregierung

Auf einer Pressekonferenz in London gab der Präsident der Weltunion der Zionisten Revisionisten Vladimir Jabotinsky mit Beziehung auf die jüngsten Maßnahmen der Palästina-Regierung nachstehende Erklärung ab:

Die Lage in Palästina, wie sie nach dem kürzlich gefaßten Beschluß der Regierung zum Ausdruck kommt und darin besteht, daß die legale jüdische Immigration durch Beschränkung der Zahl der Einwanderungszertifikate und die illegale durch großangelegte Spionage und Razzien bei Touristen, die ständige Siedler werden wollen, bekämpfen will, kann auf dreierlei Art betrachtet werden: mit dem Gefühl, durch die Vernunft und auf dem Wege des Widerstandes.

Als Gast in diesem gastfreundlichen Lande kann ich meine Reaktion in Bezug auf das Gefühl nicht frei ausdrücken. Ich kann nur bestätigen, daß durch die ganze Weltjudenheit — unabhängig von der Parteizugehörigkeit — ein nie dagewesener Ausbruch von Entrüstung und Erbitterung geht. Wir sind an Ungerechtigkeit gewöhnt, aber es ist wirklich jenseits jeder Grenze von Unfairneß, als Ausgangspunkt eines Kreuzzuges gegen unsere Immigration gerade einen Augenblick zu wählen, wo die Immigration dem Lande so viel Nutzen bringt und wo andererseits der Fluch der jüdischen Heimatlosigkeit in der Diaspora ein noch nie dagewesenes akutes Stadium erreicht hat. Noch nie ist es so klar zu Tage getreten, daß die Mandatarmacht sich bei der homöopathischen Anwendung des Mandates nicht durch die Interessen des Landes, auch nicht durch den humanitären Ausblick der jüdischen Tragödie, sondern hauptsächlich, wenn nicht gar ausschließlich, durch die Intensität der arabischen Bereitschaft, Unruhe zu stiften, leiten läßt.

Dies in Bezug auf den gefühlsmäßigen Standpunkt. Die Reaktion unseres Verstandes gegen diesen Kreuzzug ist ebenso negativ. Die Regierung versucht diejenigen jüdischen Touristen zu treffen, die in Palästina eine Beschäftigung oder eine Investitionsmöglichkeit gefunden haben und sich nun als ständige Siedler in Palästina niederlassen wollen. Vom ökonomischen Standpunkt scheint jedoch gerade dieser Einwanderertyp der gesundeste zu sein. Gerade die Tatsache, daß eine Person, die sich nach Palästina begab, um sich »ein wenig im Lande umzusehen«, eine Beschäftigung fand oder ein geeignetes Geschäft ausfindig machte, ist der beste Beweis, daß die Person ökonomisch für das Land geeignet ist und daß diese Niederlassung innerhalb der Grenzen der Aufnahmsfähigkeit des Landes bleibt. Niederlassung erfolgreicher Touristen ist die beste Auslese von Immigranten. Eine weise Regierung sollte diese Methode der Sichtung von Immigranten allen anderen Methoden vorziehen: diese Regierung will sie lähmen. Und mit welchen Mitteln! Hotel-Hallen und Kaffee-Häuser werden plötzlich mit Scharen von Spionen überschwemmt, die versuchen, private Gespräche zu belauschen, um herauszufinden, ob einige Touristen sich nach einer Beschäftigung umsehen. Wir hören von Razzien gegen »illegale Einwanderung«, die an die schändlichsten Züge des Zarenrußland erinnnern. Und der Kolonienminister stellt dieses Vorgehen als ständiges System in Aussicht!

All dies führt zu unserer eigentlichen Reaktion — der des Widerstandes. Mit äußerster Ruhe und vollkommener Sicherheit — einer Sicherheit, die jeder Jude auf der ganzen Welt mit mir teilt — nehme ich mir die Freiheit, dieses System einen baldigen Zusammenbruch zu prophezeien. Sowohl unsere Opposition als auch die moralische Häßlichkeit dieses Systems werden dessen Bankrott herbeiführen. Ich unterschätze die Möglichkeiten der Regierung, unser Eindringen in Palästina zu unterbinden keinesfalls, aber die Regierung unterschätzt sicherlich unsere Hartnäckigkeit. Der »Kreuzzug« ist zum Zusammenbruch verurteilt. Aber das genügt nicht. Der Moment ist gekommen, da die Geschichte selbst das jüdische Volk zwingt, in einen entscheidenden Kampf für die endgültige Revision des Palästina-Regimes zu treten. Zionismus kann und darf nicht länger ein leeres Wort bleiben, das Mandat darf nicht mehr als Spiel behandelt werden. Es gibt nur eine einzige zuläßige Auslegung des Zionismus und des Mandates, die Interpretation, an der die Geschichte, die Interessen der Welt und das Gewissen der zivilisierten Menschheit festhalten: Palästina zu beiden Seiten des Jordans ist für einen Judenstaat bestimmt; der Weg zum Judenstaat ist Massenimmigration unter der Kontrolle jüdischer Organe; das Mandatregime wird sich dieser Unvermeidlichkeit anpassen müssen, die stärker ist als die egoistische Obstruktion lokaler Chauvinisten und als das Vorurteil gegenüber einem klaren Ausweg, das manchen Administrationen noch so lieb ist; und ich zweifle nicht daran, daß die jüdische Aktion innerhalb der nächsten Periode allen Regierungen und Völkern diese Unvermeidlichkeit klar machen wird.

Nationale Radikalisierung hat eingesetzt...

Unter dem Titel »Das Einwanderungsproblem in Palästina« läßt sich die »Neue Freie Presse« von ihrem Korrespondenten E. D. aus Jerusalem einen Bericht kommen, in dem es einleitend heißt:

»Sollte die Geschichte sich einmal doch nicht wiederholen? Sollen die Nachwirkungen von Araberunruhen in Palästina diesmal anders sein als sonst? Dem Jerusalemer Krawall von 1920 folgte die Reglementierung der jüdischen Einwanderung, die, inzwischen verschärft, noch heute in Kraft ist. Nach den Jaffaer Unruhen von 1921 kam das Angebot, einen gesetzgebenden Rat oder eine »Arab Agency« als gleichberechtigte arabische Vertretung neben der jüdischen »Jewish Agency«, der jüdischen Vertretung bei der Mandatsverwaltung, einsetzen. Nach diesen Präzedenzfällen bildet ein Artikel im Sprachrohr des Kolonialamtes, der »Near East and India«, eine Ueberraschung. Er erklärt: Nach den gesetzwidrigen arabischen Kundgebungen wäre die sofortige Einschränkung der jüdischen Einwanderung ein noch größerer Fehler, als es die Zulassung einer wirklich übermäßigen Einwanderung gewesen wäre. Mehr als das: Zum erstenmal wird von dem Blatt der Oberkommissar ziemlich unverblümt angegriffen, weil er sich den Arabern gegenüber zu entgegenkommend verhalten hätte. Das klingt wie eine Abkehr von der Politik all dieser Jahre«.

Nachdem der Korrespondent eine Uebersicht über die jüdische Einwanderungsbewegung in den letzten Jahren gegeben hat, fährt er fort:

»Man hat den ganz bestimmten Eindruck gewonnen, daß das Kolonialamt nun die Einwanderung ein für alle Mal auf einem solchen Niveau halten will, daß sie hinter dem arabischen Bevölkerungszuwachs zurückbleibt. Die Lage wird daher in den Kreisen der Jewish Agency für ernster gehalten als zur Zeit des großen Konflikts, der den Unruhen von 1929 folgte. Man weiß, daß es jetzt auf Tod und Leben geht, da die Einwanderung der Lebensnerv der Nationalbewegung ist. Daß man auch auf englischer Seite die Bedeutung der Stunde begreift, beweist die Tatsache, daß der Leiter der Mittelostabteilung des Kolonialamtes, der Palästina untersteht, Parkinson, in Person hergekommen ist, um sich ein Bild von der Lage zu machen«.

Sodann schildert der Korrespondent die Maßnahmen gegen die sogenannten »illegalen Einwanderer« und kommt zum Schluß:

Auf jüdischer Seite wird dies alles, wie sich schon jetzt ankündigt, Widerstand erwecken. Denn die Repatriierungsbewegung hat die jüdische Masse heute mit ungeahnter Heftigkeit erfaßt. Dazu hat eine nationale Radikalisierung eingesetzt, die sich daran abschätzen läßt, daß die Revisionisten, also die äußerste Rechte des Zionismus, auf dem letzten Zionistenkongreß an Stimmenzahl die zweitstärkste Partei waren. Tausende von Juden beherrscht jetzt das Gefühl, daß die Rückkehr nach Palästina für sie eine Frage ihrer persönlichen Existez bilden kann.

Ein Land hermetisch abzuschließen, ist unmöglich. Es ist unschwer vorauszusehen, daß die heute Ausgewiesenen zusammen mit Neuankömmlingen morgen wieder an der Grenze erscheinen werden. Die Palästinapolitik ist jetzt an einem kritischen Punkt angelangt«.

Wadi Havarith-Boden wieder in jüdischen Besitz

Der Teil des Wadi Havarith-Bodens, der von der Jewish Agency für die Dauer von zwei Jahren an die Palästina-Regierung verpachtet worden war, damit die Regierung eine Gruppe Beduinen des Wadi Havarith vorübergehend dort ansiedeln kann, ist heute in den Besitz des Jüdischen Nationalfonds zurückgekehrt. Der Boden — es handelt sich um 2905 Dunam — wurde sofort von Juden besetzt, die mit der Bearbeitung des Bodens bereits begonnen haben.

Untersuchung im Fall Arlosoroff;

Stavsky und Rosenblatt demaskieren die Polizei

Jerusalem, 19. November. (J.T.A.) Bei der Fortsetzung des Verhörs in der Arlosoroff-Morduntersuchung am 15. November beteuerte Abraham Stavsky aufs neue seine Unschuld und beklagte sich darüber, daß er weiter gefangen gehalten werde, obwohl er unschuldig sei.

»Für mich«, sagte Stavsky, »ist die ganze Untersuchung eine Komödie, für meine Eltern aber eine wahre Tragödie.

Er führte auch Beschwerde dagegen, daß er vor der Identifizierungsvorführung, bei der er von Frau Arlosoroff als einer der beiden Täter bezeichnet worden war, photographiert wurde und sprach den Verdacht aus, daß man sein photographisches Bild Frau Arlosoroff vorher gezeigt habe. Jedenfalls habe Inspektor Stafford bei der Vorführung selbst die Aufmerksamkeit von Frau Arlosoroff auf ihn gelenkt. Auch die Spurensachverständigen hätten ihn noch vor der Identifizierung gesehen.

Im Kreuzverhör stellte der Angklagevertreter Inspektor Shitrit an Stavsky die Frage, warum er Palästina ohne Rückreisevisum habe verlassen wollen. »Ich hatte einen guten Weg für die Rückkehr,« erwiderte Stavsky; »ich hätte gleichzeitig Freunde aus Polen mit eingeschmuggelt.« Das bei ihm gefundene Geld sei dazu bestimmt gewesen, die illegale Einwanderung seiner Freunde zu erleichtern. Auch sein Journalistenausweis sollte zu diesem Zweck dienen. Die Urheberschaft an der angeblichen Grabinschrift für Ben Gurion leugnete Stavsky.

Zwi Rosenblatt, der dritte der Angeklagten im Mordfalle Arlosoroff, beteuerte ebenfalls vor dem Untersuchungsrichter seine Unschuld und erklärte, er habe an dem Abend, an dem der Mord geschah, in Kfar Sabah geweilt. Rebekkah Feigin, die ihn bei der Polizei als Mörder angezeigt hatte, habe ihn dreimal im Gefängnis besucht und von ihm gefordert, daß er ein Geständnis ablege; er aber habe jedesmal erwidert, daß er unschuldig sei. Die Feigin brachte ihm auch angeblich von Achi-Meir geschriebene Zettel, in denen er beschworen wird, im Interesse der Partei ein Geständnis abzulegen; er aber habe die Zettel als Fälschungen erkannt. Auch Frau Arlosoroff habe ihn besucht und ihm gesagt, es lägen schwerwiegende Beweise gegen ihn vor, er solle gestehen, Aber auch der Frau Arlosoroff erwiderte er, daß er unschuldig sei. Niemals, beteuerte Rosenblatt, habe er gegenüber seinem Zellengenossen Moses Cohen ein Geständnis abgelegt, wie dieser, der unter der Beschuldigung des Diebstahls verhaftet Gewesene, ausgesagt hat. Wohl habe sich Cohen ihm unter der Vorgabe, er sei Revisionist, zu nähern gesucht, aber ein Geständnis habe er, Rosenblatt, nicht abgelegt. Rosenblatt bezeichnete Cohen als Lockspitzel der Polizei.

Was steckt hinter diesen Plänen?

Jerusalem, 19. November. Die christlich-arabische Halbmonatsschrift »Meraat al Sherk« behauptet, der High Commissioner erwäge die Einsetzung eines erweiterten gesetzgebenden Rates, der größere Machtbefugnisse haben soll als sie dem Legislative Council ursprünglich zugedacht waren. Der Rat soll auch in Finanzangelegenheiten entscheiden können, allerdings soll dem High Commissioner ein Vetorecht gegen diese Beschlüsse zustehen. Es sollen Fachdepartements unter der Leitung palästinensischer Vorsitzender, denen englische Ratgeber beigegeben werden, errichtet werden. Die Abteilungsleiter sollen Juden und Araber sein. Die Zahl der britischen Beamten soll auf die Hälfte reduziert werden. Alle diese Reformen werden von der Zeitung für das Jahr 1934 vorausgesagt. Gleichzeitig wird angekündigt, daß Emir Abdullah demnächst zum König des vereinigten Gebietes von Palästina und Transjordanien gekrönt werden soll.

Palästina-Mandat und Polen

Warschau, 19. November. In Warschau hat sich eine Gesellschaft gebildet, die für die Uebernahme des Palästina-Mandats durch Polen, nach Ablauf des jetzigen englischen Mandats über Palästina, eintritt. Zu den Gründern gehören meist Führer des Brith Hachajal und des Brith Trumpeldor.

Revisionistische Tagungen

I.

Weltparteirat in Paris

Sonntag, den 12. November fand in einem der größten Pariser Säle die erste öffentliche Sitzung des Parteirats der Weltunion der Zionisten - Revisionisten statt. Der Saal war von Delegierten und Gästen überfüllt. Auf der Tribüne saßen alle Mitglieder der revisionistischen Exekutive: Jabotinsky, Tiomkin, Berchin, Dr. Schechtmann, Dr. Segal und Kopelowitsch. Neben ihnen nahmen die Mitglieder des Parteirates Platz: Dr. Belilowsky, Prof. Kalischer, Sarin u. a. Mit einer kurzen Rede in hebräischer Sprache eröffnete Vladimir Jabotinsky die Versammlung und gedachte der verstorbenen B. Gurewitsch, L. Motzkin und Paul Painlevé. Harry Levy übernahm sodann den Vorsitz, um zunächst einen kurzen Rückblick auf die Arbeit der revisionistischen Weltunion in den letzten sechs Monaten zu werfen. Er wies darauf hin, daß trotz des schweren inneren Konfliktes und trotz der Hetze der Feinde die Bewegung ein Bild der Disziplin und der Arbeit geboten habe. »Niemals«, schloß der Redner, »waren wir so einig und so kampfbereit wie jetzt!«

Referat Jabotinskys

Hierauf ergriff Jabotinsky das Wort zu einem mehr als zweistündigen Referat, das die revisionistischen Aufgaben und die Antwort der Revisionisten auf die jüngste offiziell-zionistische Politik zum Thema hatte. Jabotinsky wies zunächst darauf hin, daß die Lage rund um die Zionistische Organisation niemals klar und deutlich war. Früher mußte man Komentare schreiben, versuchen die Situation zu klären — aber heute haben wir alle Momente klar und deutlich um uns liegen. In der zionistischen Organisation herrschen, Tendenzen und Parteien, die zu einem dauernden Kompromiß nicht zu bringen sind. Die Zionistische Exekutive steht jetzt vor Aufgaben, die sie für sehr wichtig hält (Miphal Arlosoroff z. B.) und denen gegenüber sich der »Misrachi« und die B-Gruppe der Allgemeinen Zionisten oppositionell verhalten. Man konnte sogar seitens des »Misrachi« und mancher zionistischer Führer Hinweise auf einen eventuellen Angriff vernehmen. Es gibt Freunde, die hoffen, es den gegenwärtigen Herrschenden »zeigen« zu können, wenn sie die Macht ergriffen haben. »Ihr«, rief Jabotinsky den Parteiräten zu, »werdet ihnen nichts zeigen, außer eines: die Ausgangstür!« Die einzigen Bewahrer des Herzl-Zionismus sind wir, Revisionisten, die sagen: eine Zionistische Organisation mit Disziplinbeschlüssen ist unmöglich. Wir sind freie Menschen, die aus freien Stücken Mitarbeit suchen. Wir müssen fordern, daß die Zionistische Welt-Organisation alle großen zionistischen Organisationen, die am Zionistenkongreß teilnehmen, als gleichberechtigt anerkenne.

Jabotinsky kam sodann auf das Wachstum der revisionistischen Union zu sprechen. Wir sind die stärkste aller nichtsozialistischen Gruppierungen. Die 100.000 Stimmen, die wir zum Kongreß erhielten, waren nicht solche von Mitläufern oder Sympathikern. Diesmal war die Situation so, daß für uns nur Revisionisten zu den Urnen gingen. In fünf bis sechs Monaten wird unsere Bewegung die stärkste Formation der Judenheit bilden. In Polen ist das am klarsten sichtbar. Der »Brith hachajal« wächst wie die erste Zionistengruppe zu Herzls Zeiten. Der »Brith jeschurun« bringt uns die jüdische Orthodoxie. Wir wachsen auf allen Fronten.

Die zukünftige Arbeit definierte Jabotinsky als eine, die sich in drei Richtungen bewegen werde. Boykott, neue Histadruth haowdim (nationale Gewerkschaft) und Petition.

Wir haben, erklärte Jabotinsky, die Abwehrbewegung in unsere Hand genommen und hoffen sie zu Ende zu führen. Wir werden noch — wie es der derbe Volksmund sagt — beim Leichenbegängnis unserer Feinde tanzen.

Die Bedingungen, unter denen unsere Freunde in Palästina leben, sind bekannt. Es ist ein Wunder, daß wir trotz der Hetze die stärkste bürgerliche Partei in Palästina geblieben sind. Die Zeit ist nicht fern, da wir unsere Freunde Achi Meir, Stavsky und Rosenblatt zu ihrer Befreiung werden beglückwünschen können.

Eine neue Arbeitergewerkschaft muß erstehen, und sie wird schon am kommenden Pessach erstehen. Wir werden auch eine Bank organisieren und eine Krankenkasse, denn zu der bereits bestehenden haben unsere Freunde kein Vertrauen.

3000 Zertifikate statt 25.000, arabische Unruhen, Regierungserklärungen über eine starke Kotrolle — das sind die Nachrichten, die aus Palästina kommen. Die Regierung paßt die Zertifikatenanzahl dem arabischen Vermögen, Krawall zu machen, an. Der Herr Jizchak Grünbaum, von dem mir die Freunde, die sich mit Statistik beschäftigen, erzählen, er befinde sich ebenfalls unter jenem Dutzend Leuten, die die Zionistische Exekutive ausmachen, erklärte in Warschau, daß die Jewish Agency sich auch bemühen wolle, die illegale Einwanderung zu begrenzen. Noch niemals ist die Absurdität des Zertifikatensystums so klar in Erscheinung getreten.

Das einzige Mittel, durch das wir eine Weltoffensive des Weltjudentums gegen das gegenwärtige Regime mobilisieren können, ist die Petition. Wir werden sie noch in diesem Jahr in Angriff nehmen.

Die Programmatische Rede Jabotinskys wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

DerVorsitzende schloß sodann die Versammlung mit der Mitteilung, daß die Sitzung des revisionistischen Weltparteirats an jedem ersten Sonntag eines jeden neuen Monats stattfinden werden.

II.

Österreichischer Revisionistenrat

Der Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs ist in seiner organisatorischen Arbeit bereits in ein Stadium getreten, das ihn befähigt, als wichtiges Glied der revisionistischen Gesamtbewegung deren großen Aufgabenkreis gerecht zu werden. Die erste diesjährige Tagung des österreichischen Revisionisterates, der Samstag, den 19. November zusammentrat, gab ein Bild vom Stand der revisionistischen Bewegung in Oesterreich. Sowohl der erste Teil der Tagung, der eine öffentliche politische Demonstration großen Stils darstellte, als auch der zweite Teil, der innerer Parteiberatung gewidmet war, vermittelte den Eindruck, daß es dem Revisionismus gelungen ist, jenen Teil der jüdischen Bevölkerung Oesterreichs zu erfassen, dessen positive jüdische Zielrichtung der Zionismus ist.

Die Eröffnungssitzung des Revisionistenrates im Festsaal des Alten Rathauses trug feierlichen Charakter. Auf dem mit der jüdischen und österreichischen Flagge geschmückten Podium mit den Bildern Herzls, Jabotinskys und Trumpeldors im Hintergrund, nahmen die Mitglieder des revisionistischen Kommissariats Platz. In gespannter Erwartung füllte eine nach Hunderten zählende Menschenmenge den letzten Platz des Saales. Kultusvorsteher Siegfried Graubart eröffnete die Tagung mit einer kurzen Ansprache, die einen Rückblick auf die Entwicklung des Zionismus warf und die historische Notwendigkeit des von Jabotinsky geschaffenen Revisionismus explizierte.

Wolfgang von Weisl, vom Publikum stürmisch akklamiert, hielt sodann ein umfassendes Referat, das die nächsten politischen Aufgaben der revisionistischen Bewegung umriß. Weisl gab zunächst eine eingehende Analyse der politischen Situation des jüdischen Volkes in der Gegenwart. An Hand des Beispieles, daß die Judenfrage in Deutschland liefert, wies Weisl die Unhaltbarkeit der jüdischen Zerstreuung nach, die Unmöglichkeit einen Zustand aufrecht zu erhalten, der mit den Worten »der Boden brennt unter unseren Füssen« zu charakterisieren ist. Verstärkung und Intensivierung der Abwehrbewegung ist Aufgabe und erster Programmpunkt der nun in Angriff zu nehmenden revisionistischen Aktionen.

Die zweite revisionistische Aktion, führte Weisl im Hinblick auf die Lösung der Judenfrage durch Palästina aus, heißt Inaugurierung der von Jabotinsky angekündigten großen Petitionsbewegung. Weisl legte eingehend dar, welche Form die Petitionsbewegung annehmen muß, um jenen mächtigen politischen Druck ausüben zu können, der die britische Mandatarmacht zwingt, ihren Verpflichtungen nachzu-

Geänderte Betrachtungsweise

Zu Emmerich Czermaks „Verständigung mit dem Judentum?"

Seit Ausbruch des Weltkrieges erlebt das jüdische Volk mit Perioden kleiner Unterbrechungen den Zeitraum seiner »Entdeckung« durch die schreibende Menschheit Mitteleuropas. Im Krieg selblt waren es zunächst die Ostjuden, die von Hirn, Hand und Feder der zwar artverwandten, aber aus der Art geschlagenen Kulturbrüder Deutschlands fixiert, »dargestellt«, in ihrem »exotischen Wesen« umrissen wurden, um schließlich doch für den politischen Raum des deutschen Vaterlandes reklamiert zu werden. Die Zeiten änderten sich und mit ihnen auch die Art der Betrachtung der Juden, die nun nicht mehr für Deutschlands Krieg und Größe, wohl aber für des Bolschewismus erlösendes Menschenaposteltum herhalten mußten. Und die Zeiten änderten sich alsbald wieder und mit ihnen natürlich wieder jene ominöse Betrachtungsweise, die im Entdecken liegt und im Reklamieren für irgend etwas, das gerade gut genug ist, um in der Luft zu liegen. Es war der politische Wind, der bedenklich nach rechts blies und es nicht unopportun erscheinen ließ, die Juden aller Arten ein wenig wieder betont deutsch zu sehen. Dieser Prozeß eines psychologisch nicht uninteressanten Spiels, in dessen agierendem Ensemble sich harmonisch Jud und Christ bewegten, ist jäh unterbrochen worden. Die robuste Hand des deutschen Nationalsozialismus hat mit einem Schlag den betrachtenden Ton mit der tendenziösen Gebärde, die die Juden in eine vertröstend-biedere Allerweltsrichtung wies, in einen zunächst besinnlichen auf der einen, einen zupackend scheidenden auf der anderen Seite gekehrt. Nun aber betrachten Jud und Christ im deutschen Sprachbereich ihr jüdisches Objekt nicht mehr gradlinig einheitlich, sondern zielgerichtet auseinanderstrebend. Der deutsche Jude ist nunmehr wieder fast ganz Apologet und menschheitlicher Zukunftkünder im Schosse des deutschen Volkes, der deutsche Christ sucht nach Lösungen, die aus dem Bereich der »Entdeckung« in den Raum des Wissens nicht mehr nur um »die Juden«, sondern um das Judenproblem tritt. Natürlich handelt es sich bei dem letzten um jene Sorte deutscher Mensch, der es vermocht hat, auch heutzutage sich kritische Besinnung und ruhigen Einblick auch in die jüdische Materie zu bewahren.

Aber auch das Judenproblem ist ein leidig Ding. Vertieft man sich in es, so lauft man — wenn man nun ein Christ und ein Deutscher ist — Gefahr, in ein Wespennest zu stechen, auch wenn man grundrichtige Gedanken äußert, die allerdings dazu verlocken, zuspitzend und zugespitzt, in eine ein wenig gewaltmäßige politische A tout-prix-Lösung zu geraten. Ich meine den Aufsatz von Emmerich Czermak, dem österreichischen Bundesminister a. D. und gegenwärtigen geschäftsführenden Obmann der österreichischen Christlich-sozialen Partei, in dem Buch »Ordnung in der Judenfrage« (Reinhold-Verlag, Wien—Leipzig). Herr Czermak ist jener österreichische Mann, der einmal einen ganz vernünftigen Versuch machte, den Herd des studentischen jüdisch-deutschen Nationalitäten-Kampfes zu verstopfen durch ein Studentenrecht auf der Wiener Universität, von dem die Unken in den Teichen riefen, es sei antisemitisch. Herr Czermak hatte damals das Pech, mißverstanden zu werden, zwar nicht in seinem, sagen wir zumindest stark asemitischem Wollen, wohl aber in der durchaus sauberen Auswirkung, die ein solches Gesetzesrecht, wenn es ins Leben gtreten wäre, auch gehabt hätte. Denn liberale und sozialistische Israeliten haben keinen Sinn für Realitäten, wissen in ihrem dunklen Drang, bei den assimilatorischen Fleischtöpfen Germaniens und Austriens bleiben zu wollen, nicht, daß es nicht auf den Schöpfer, sondern auf die Schöpfung ankommt. Das gleiche Schicksal scheint nun Czermaks Aufsatz »Verständigung mit dem Judentum?« widerfahren zu wollen. Es hat in der liberalen und sozialistischen Presse — in der, wie man sagt, jene Fleischtöpfe-Goutiers stark vertreten sind — nicht gut abgeschnitten. Ja mehr noch, »zionistische« Versammlungsredner schreien auch schon Zeter und Mordio um eine Sache herum, die als ein selbstverständliches Symptom einfach zu registrieren ist. Denn auch mancher »Zionist« ist auf seinem Wig in die ehrwürdigen Institutionen mit assimilantistischer Tradition der gesund und weise machenden zionistischen Lehren verlustig geworden.

Nun, die Grundgedanken, die im Aufsatz von Emmerich Czermak aufscheinen, sind weder neu noch aufregend. Sie sind einfach eine Kombination zionistischer Gedankengänge und des methodischen Versuchs, diese in den Rahmen einer politischen Lösung der Judenfrage durch die Länder, in denen die Juden wohnen, auf der Grundlage des Prinzips der Trennung von Volk und Volk, die eine Verständigung von Volk zu Volk ermöglichen kann, zu stellen. Daß die jüdische Assimilation in der Betrachtung Czermaks erbärmlich schlecht abschneidet, ist gewiß nicht aufregend, sondern schön; daß viel Gewicht auf die Feststellung kultureller und weltanschaulicher Andersgeartetheit von Judentum und Nichtjudentum gelegt wird, ist Bilanz und Resumé eines Empfindens, dessen Vorhandensein zu verbieten ein unmögliches Beginnen ist; daß aber neben zionistischen Autoren auch hakenkreuzlerische »Autoritäten« als beweiskräftig hingestellt werden, ist zwar bedauerlich und stellt den Mann Czermak als ein bißchen allzuobjektiv hin, kann aber keineswegs Grund dafür abgeben, ihn schlankwegs als übelwollend jenen vorzuführen, die es gerne hören. Ja, in Czermak steckt gewiß noch viel von der phobisch anmutenden Aengstlichkeit, die seine radikalen Zeitgenossen von der intellektuellen antisemitischen Bruderschaft auszeichnet, die aus dem Juden ein mit dem Genie des Bösen behafteten Dämon machen; dies ist es auch, was seiner Diktion den Atem nimmt und sie zu mitunter possierlicher Ungereimtheit verführt. Er, der doch ein

kommen. Die jüngsten antijüdischen Maßnahmen der Palästina-Regierung erfordern andere Methoden der Demonstration als die, die die Zionistische Exekutive anwendet. Weisl setzt sich sodann scharf mit der britischen Politik in Palästina auseinander, die er unter demonstrativen Beifall des Publikums der Judenfeindlichkeit und des Verrats zieh, um dann ein Bild von der künftigen politischen Entwicklung zu entwerfen, in der eine neu formierte jüdische Legion im Kampf um das Judenland eine entscheidende Rolle spielen werde. Weisls eineinhalbstündige Ausführungen, mit großem Elan vorgetragen, fanden begeisterte Zustimmung.

Der nächste Redner I. Goldstein behandelte den dritten Punkt des revisionistischen Aktionsprogramms für die nächste Zeit: die Gründung einer nationalen Gewerkschaft. Nach eingehender Schilderung der Situation in Palästina, die sich als Terror und Unterdrückung der national gerichteten jüdischen Arbeiterschaft durch die sozialistische Klassenherrschaft kundgibt, legte der Führer des österreichischen Betar das revisionistische Programm des Arbeitsfriedens und des sozialen Ausgleichs dar, um mit einem Appell, die nun einsetzenden Bemühungen um die nationale Gewerkschaft zu unterstützen, zu schließen.

Nach einmütiger Annahme einer Resolution, die wir weiter unten veröffentlichen und der Absingung der »Tikwah« wurde die Eröffnungssitzung des Revisionistenrates geschlossen.

Sonntag vormittags setzten die internen Beratungen des Revisionistenrates ein. Sie begannen mit einer Aussprache, die der revisionistischen Arbeit in der österreichischen Provinz gewidmet war. Dann hielt Dr. David Bukspan ein eingehendes Referat, das die innerpolitischen Situation der österreichischen Judenheit, Fragen der jüdischen Kultusgemeinde und organisatorische Fragen des Revisionismus in Oesterreich behandelte. An sein Referat schloß sich eine eingehende Debatte, die am nächsten Sonntag ihren Fortgang findet, zu welchem Zeitpunkt auch die Tagung des Revisionistenrates beendet wird. Es ist vorläufig eine Resolution angenommen worden, die die Abhaltung einer revisionistischen Werbewoche für die Zeit vom 25. November bis 4. Dezember betrifft.

Jom Berit

Einen ebenso würdigen wie imposanten Verlauf nahm der Generalappell, Jom Berit, des österreichischen Berit Trumpeldor, der sich an dem Revisionistenrat anschloß und sozusagen dessen Ergänzung bildete. Am Sonntag nachmittag konnte im Festsaal des Hotel Continental eine nach Hunderten zählende Gästezahl die größte jüdische Jugendbewegung Oesterreichs bei ihrer Feier bewundern. Schon der Einmarsch von einigen hundert, mit der Betar-Uniform angetanenen jungen Juden, die in strammer Disziplin dem Kommando ihrer Führer folgten, kündigte das Ereignis der Feier an. Nachdem die Betarim in der Mitte des festlich geschmückten Saales Aufstellung genommen hatten, konnte ihr Führer, der Natziw J. Goldstein, die Feier eröffnen und die erschienenen Gäste begrüßen. Er erteilte zunächst dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde-Wien Dr. Desider Friedmann das Wort, der im Auftrage des österreichischen Bundesministeriums für Unterricht den Jom Berit zu begrüßen hatte, um dann aus eigenem karg bemessene, kühl vorgetragene Begrüßungsworte zu sprechen.

Hingegen riß die Begrüsungsansprache des Vertreters des Misrachi, der durch mehrere Herren vertreten war, Dr. Samuel Rappaport, die Versammlung zu stürmischen Beifallskundgebungen hin. »Uns, den Misrachi, trennt von euch, Revisionisten, eine leichte, dünne Scheidewand«, sagte Dr. Samuel Rappaport. »Einig sind wir im gemeinsamen Ideal eines reinen nationalen Lebens des jüdischen Volkes auf eigener, ewiger, heiliger, jüdischer Erde. Die nationale Jugend des Revisionismus fühlt sich, das wissen wir Misrachisten, verknüpft mit der jüdischen Tradition und nähert sich ihr immer mehr. Die wehrhafte Erziehung der revisionistischen Jugend wird es bewirken, das jüdische Volk im jüdischen Land verteidigen zu können«.

Im Namen des Bundes jüdischer Frontsoldaten, der durch eine Delegation von acht Mann vertreten war, ergriff Ing. Stiassny das Wort zur Begrüßung.

Für die Weltleitung des Berit Trumpeldor, des Shilton Betar, sprach Ketzin ha Shilton Dr. Leo Köppel. In formvollendeter Weise analysierte Dr. Köppel die Situation des Juden, der sich in einem Raum ohne eigene Staatlichkeit bewegen muß, und formulierte den Willen der neuen revisionistischen Jugend, den jüdischen Staat zur Zielrichtung ihres Lebens zu machen.

Für den Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs hielt Dr. David Bukspan ein groß angelegte Rede, die sich mit Englands Palästinapolitik auseinandersetzte und den Protest des jüdischen Volkes gegen den Versuch, seine nationale Existenz zu unterbinden, in sehr scharfen und leidenschaftlichen Worten vermittelte.

Im Namen des Berit Trumpeldor erwiderte der Natziw J. Goldstein die Begrüßungen, um dann ein gründliches programmatisches Referat über die Aufgaben des Berit Trumpeldor folgen zu lassen. Am Schluß seiner Rede erinnerte er die Israelitische Kultusgemeinde daran, daß es von ihr allein abhänge, ob die stärkste jüdische Jugendbewegung Oesterreichs hinter ihr steht oder nicht.

Nach diesen mit großem Jubel aufgenommenen Reden, setzte die eigentliche Feier, die Fahnenweihe der jüngsten Gruppe des österreichischen Berit Trumpeldor, des Gedud Hachajal, ein. Der Natziw übergab die, mit einer Schärpe der Netziwut und einer des Landesverbandes geschmückte Fahne, der Obhut des Gedud Hachajal, dessen Mefaked Dr. Edmund Schächter den Treuschwur leistete. Nach Absingung der Betarhymne fand die Feier ihr Ende.

Resolution des Revisionistenrates

Die letzten Verfügungen des High Commissioners bedeuten die Einführung zaristischer Methoden und zaristischen Spitzelwesens in dem Land, das im Mandat zum Jewish National Home proklamiert wurde. Die weitere Einwanderung von Juden nach Palästina wird trotz des beispiellosen Wohlstandes, den sie auch den Arabern gebracht hat, gestoppt. Auch jene Juden, die sich bereits in Palästina befinden und dort ihr Brot verdienen, werden durch die Ausweisungsverfügung des High Commissioners mit vollständiger Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht.

Der Zionismus-Revisionismus ruft die jüdische und die nichtjüdische Welt auf, Zeugen zu sein der Verletzung des Mandates, die darin besteht, daß trotz wachsenden wirtschaftlichen Reichtums Palästinas die britische Regierung beabsichtigt, das weitere perzentuelle Anwachsen der jüdischen Bevölkerung des Landes künstlich zu verhindern, obwohl die Juden heute erst ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen. Dadurch würde das palästinensische Judentum für dauernde Zeiten wirtschaftlich, kulturell und auch politisch zu einer winzigen Minderheit verurteilt sein, die immer von der Gunst und Gnade oder vom Haß und den Fanatismus der nichtjüdischen Mehrheit abhängig sein, wie die Juden in jenen Ländern, aus denen sie wegen der dort herrschenden Verfolgungen oder Feindschaften nach Palästina flüchten. Die jüdische Minderheit in Palästina würde keinen Unterschied darin sehen, ob sie von Hitler oder von einem Mufti in Jerusalem regiert wird.

Der Revisionistenrat erklärt daher, daß die Juden Oesterreichs, gegen die englische Regierung dieselben Gefühle hegen würden, wie gegen die ärgsten Feinde des jüdischen Volkes, heute und zu allen Zeiten.

An dieser Entwicklung der englischen Politik trägt auch die zaghafte und von engen Parteivorurteilen geblendete Haltung der letzten fünf Zionistenkongresse schuld. Die Revisionisten haben seit dem Jahre 1925 die öffentliche Meinung auf die antijüdische Haltung der britischen Regierung aufmerksam gemacht und waren bemüht, die Juden der ganzen Welt rechtzeitig zu Gegenaktionen zu organisieren. Die Blindheit der nichtrevisionistischen Gruppen innerhalb des Judentums verhinderte bisher den Erfolg dieser Bestrebungen. Der Revisionistenrat erklärt daher, daß es in dieser Zeit der unheilvollen jüdischen Galuth und der jüdischen Palästinapolitik vor allem Recht und Pflicht der revisionistischen Bewegung ist, die politische Führung des jüdischen Volkes zu übernehmen. Der Revisionistenrat hofft, daß alle Richtungen des Judentums den Präsidenten der revisionistischen Weltunion Wladimir Jabotinsky bei Erfüllung dieser Aufgabe unter Vernachlässigung aller trennenden Parteianschauungen unterstützen werden.

Die letzte Stunde ist da!

Der Revisionistenrat ersucht die kommissarische Leitung der revisionistischen Organistaion Oesterreichs, unverzüglich an die Ausführung der von der Wiener Weltkonferenz 1932 gefaßten Beschlüsse zu schreiten und die Notlage der zur Auswanderung nach Palästina bereiten Massen des österreichischen Judentums den kompetenten internationalen Faktoren in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.

Juden Deutschlands vor dem englischen Parlament

London. Der Marquis of Hartington hat in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern des Parlaments den folgenden Antrag im britischen Unterhaus eingebracht:

»Das Haus macht die Regierung Seiner Majestät auf die schlechte Wirkungen der Diskriminierung der Juden in Deutschland auf die englisch-deutschen Beziehungen aufmerksam und ersucht die Regierung Seiner Majestät, diese Anschauung bei ehester Gelegenheit durch die entsprechenden diplomatischen Wege zum Ausdruck zu bringen.«

Dieser Antrag wird wohl Ausgangspunkt einer abermaligen größeren Debatte im Parlament über die Lage der Juden in Deutschland werden.

VERSAMMLUNGSKALENDER

des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten.

Montag, den 27. November: Café Produktenbörse, II., Taborstraße 8. 8 Uhr: »Burgfriede im Zionismus«, Redner: P. Haller, Anschließend Diskussion.

Dienstag, den 28. Nov.: Saal der »Judea« IX., Alserstraße 26, 8 Uhr: »Wir Juden und der Mandatsbruch Englands«, Redner: Eugenie Kreitler, Dr. Perl, Dr. D. Bukspan.

Mittwoch, den 29. Nov. Schlors Restaurant XX., Jägerstraße 2, 8 Uhr: »Wir Juden und der Mandatsbruch Englands«, Redner: Siegfried Graubart, J. Goldstein, Dr. D. Bukspan.

Donnerstag, den 30. Nov. Restauration Franz Waschak, II., Prater 87, vis-a-vis der Wolfgang Schmälzlgasse, 8 Uhr: »Wir Juden und der Mandatsbruch Englands«. Redner: Graubart, Dr. Perl, Dr. Bukspan.

Vom Landesverband der Zionisten-Revisionisten

Das Kommissariat des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs teilt mit:

Laut Beschluß des in der Vorwoche abgehaltenen Revisionistenrates wird die Woche vom 25. November bis 4. Dezember zur revisionistischen Werbewoche proklamiert. Jedes Mitglied des Landesverbandes ist verpflichtet, während dieses Zeitraums mindestens vier neue Mitglieder anzuwerben.

Ein speziell errichtetes Propagandabüro, das unter Leitung des Herrn A. O. Mendel steht, hat die Aufgabe, allen Mitgliedern bei der Durchführung der Werbetätigkeit behilflich zu sein und Anregungen zu geben. Die Mitglieder werden ersucht, sich an dieses Büro zu wenden.

Der Landesverband hat gleichzeitig auch einen permanenten Pressedienst organisiert, der bereits in Funktion ist.

Kenner der jüdischen Situation sein will, sagt viel Unsinn über die Möglichkeit (nach ihm Unmöglichkeit) Palästinas, die Judenfrage zu lösen und tischt mit Ernst und Gewicht, daß bei den Hakenkreuzlern und bei einem mit jüdischem Halbbewußtsein ausgestatteten Literaturjuden (Alfred Döblin) neuerdings sehr beliebten Madagaskar-Witz auf. Nein, Palästina kann und wird die Judenfrage lösen, wenn anders es wahr ist, daß die Zeit dafür reif ist, um ein Volksproblem wie das jüdische nach den »Grundsätzen der Gerechtigkeit, den Bestimmungen des Völkerbundes und den Bedürfnissen beider Teile (Juden und Nichtjuden) entsprechen soll«, zu lösen, kurz, wenn wirklich der Wille vorhanden ist, »Ordnung in der Judenfrage« zu machen.

Verfehlt so Czermak aus einer erlernt richtigen Erkenntnis im Hinblick auf das ganze Problem die richtigen Schlüsse zu ziehen einerseits, so ist andererseits nicht klar, wie er es im Detail bewältigen zu können glaubt. Denn den Vorschlägen zur Stabilisierung eines reibungslosen Nebeneinanderlebns von Juden und Nichtjuden in dem Lande, wo Czermak eine politische Rolle spielt, haftet Unklarheit an in einem Maße, daß man nicht übel Lust hat, auf den Gedanken zu kommen, er wolle hier in der Tat etwas verbergen. Es gibt eine politische Doktrin, die nationale Autonomie heißt und die ein wichtises Hilfsmittel zur territorialen Lösung der Judenfrage abgeben kann, wenn dieses Hilfsmittel selbst für sich auch keine Lösung für die Ewigkeit zu sein braucht. Aber so etwas muß ausgesprochen werden, wenn man nicht den Eindruck erwecken will, die Intention zu haben, ein Ghetto aufzurichten nach heute nun einmal undenkbarem mittelalterlichen Muster.

Wie immer dem sei, der Aufsatz Emmerich Czermaks gewährt zumindest einen interessanten Einblick in den heute bestehenden psychologischen Raum, der den nun eingetretenen Betrachtungszwang des Juden-Problems ar macht. P. Haller.

Aus Palästina:

Unsere Korrespondenten berichten:

High Commissioner und arabische Unruhen

Bei den letzten arabischen Unruhen und der arabischen Hetze gegen die Juden hat nicht zuletzt die Regierung selbst und hauptsächlich die Person des High Commissioners Wauchope die größte Rolle gespielt.

Einige Tage vor dem Ausbruch der Unruhen in Jaffa hatte Wauchope mit dem Scheich aus Sichem eine Besprechung, in welcher er unter anderem folgendes sagte: »Der jetzige Hauptkampf der Regierung wird nicht gegen die legale Immigration, die nach Palästina geht gerichtet sein, sondern gegen die unlegale jüdische Immigration, die viel größer und stärker ist. Wir werden Gesetze schaffen, die das Verbleiben von Touristen im Lande verhindern werden«« (Das aber eine vielfach größere Immigration aus Transjordanien Tausende von Arabern nach Palästina bringt, darüber verlor er kein Wort.)

Das Resultat dieses Gesprächs wurde auch recht bald sichtbar. In Tel-Awiw fand in der Nacht ein Ueberfall auf ein Hotel statt, alle dort anwesenden Touristen wurden verhaftet. Auch in Jerusalem umzingelte die Polizei das Haus der Hitachduth Ole Germania und verhaftete fünf deutsche Juden, die als Touristen ins Land gekommen waren. Man brachte sie ins Gefängnis, um sie dann des Landes zu verweisen. Man scheute nicht davor zurück, einen 74 Jahre alten Mann vom Krankenlager weg zum Schiff zu bringen.

Man sieht also, das Mandat wird vom Herrn High Commissioner hundertprozentig erfüllt. Palästina wird ein rechtlich gesichertes Nationalheim für die Juden!...

Selbstverständlich hat dieses Vorgehen der Regierung und des High Commissioners den Arabern Mut eingeflößt, und wir haben das volle Recht zu sagen: Wauchope ist an der arabischen Hetze mitschuldig, indem er bewußt übertriebene Ziffern über die unlegale jüdische Einwanderung in Palästina verbreitet.

Ebenso ist es klar, daß es niemals zu den Unruhen gekommen wäre, wenn die Regierung es nicht gewollt hätte.

Und wie recht hatte die »Near East«, als sie schrieb, daß der High Commissioner nicht die nötige Energie aufgebracht habe. Denn als die arabischen Führer auf seine Bitte, die Demonstration zu unterlassen, ihm die Antwort gaben, es sei dies unmöglich da das »Volk« es beschlossen habe, und sie, die Führer, nur Vollstrecker des Volkswillens seien, ließ er sie frei nach Hause gehen, ohne auch nur eine Bemerkung fallen zu zu lassen.

Die arabische Zeitung »Algemé« durfte nach dem Gespräch mit dem High Commissioner in Sichem, schreiben: »....Es gibt nur einen Unterschied zwischen dem arabischen Volk und Schafen, die zur Schlachtbank geführt werden. Letztere fühlen nicht was mit ihnen geschehen wird, die Araber aber wissen es genau. Wir werden unseren nationalen Kampf fortsetzen und Allah soll zwischen uns und euch Richter sein. Denn Allah ist der beste Richter, ja Allah ist der beste unter den Richtern...« »Dijn Achmed b'sajf« — mit dem Schwerte sollst Du leben!...

Die Regierungszensur unternahm nichts gegen eine solche Schreibweise, ließ ruhig gegen die Juden hetzen.

Die Einzelheiten über die Ursachen selbst sind bekannt. Es wäre noch hinzuzufügen, daß die Araber sich beim Herrn High Commissioner für seine Worte in ihrer Art »bedenken« wollten. Beim Schaar Sichem in der Nähe des Regierungshauses und in der Nähe des Wohnsitzes des High Commissioners wurden zwei Bomben gefunden. Man weiß auch aus sicheren Quellen, daß eine Bombe im Kabinett des High Commissioners selbst gefunden wurde.

Gleichzeitig sei auch bekannt, daß entgegen allen anderslautenden Meldungen Ueberfälle auf Juden und auf jüdische Geschäfte verübt worden sind. Bekanntlich proklamierten die Araber gleich nach den Jaffaer Unruhen einen allgemeinen Streik.

Man sieht sich nun gezwungen, die arabische Solidarität zu bewundern. Alle Geschäfte waren wirklich geschlossen, jeder Verkehr eingestellt. Die Araber versuchten aber auch die Juden zu zwingen, ihre Geschäfte zu schließen. Jeden Morgen gingen arabische Träger auf die Straßen und drohten jüdischen Geschäftsinhabern mit Gewaltanwendung. Als sich einige Juden widersetzten, wurden sie mit Steinen beworfen, wobei ihr Geschäftsinventar demoliert wurde.

Begreiflicherweise hatte das die jüdische Bevölkerung in Angst versetzt, sodaß tatsächlich in der Alt-Stadt Jerusalems alle jüdischen Geschäfte geschlossen waren.

Die Juden aus Jaffa flüchteten nach Tel-Aviv und die Allenbystraße machte einen sehr eigenartigen Eindruck. Frauen und Kinder saßen mit ihrem ganzen Hab und Gut auf der Straße und übernachteten hier.

Die Regierung hatte eine starke Zensur auf die Presse eingeführt. Es ist aber klar, daß diese Zensur hauptsächlich gegen den »Chasit Haam«, das offizielle Organ der revisionistischen Partei in Palästina gerichtet war. So ist dessen letzte Dienstagnummer überhaupt nicht erschienen, da das ganze Blatt gestrichen wurde.

Auch die nächst erschienene Ausgabe war zur Hälfte weißer Fleck und von einem in dieser Nummer erschienen Artikel hat die Zensur jene Stellen gestrichen, wo über eine jüdische Mehrheit in Palästina und über die Idee Jabotinskys, ein jüdisches Heer zur Verteidigung der Juden zu schaffen, geschrieben wurde.

Die Worte »Judenstaat«« und »jüdische Legion« sind also in Palästina verboten!

Jerusalem, anfang November

B. Blankenfeld.

Die Wirtschaft leidet an Arbeitermangel

Die wirtschaftliche Hochkonjunktur hält weiter unvermindert an. Der Kapitalsimport aus Europa und Amerika läßt nicht nach, und sowohl in der Landwirtschaft, als auch in der Industrie werden jetzt große Investitionen vorgenommen.

Industrie und Baugewerbe.

Viele neue Industriezweige wurden in letzter Zeit geschaffen, während die bereits bestehenden Betriebe verbessert und vergrößert wurden.

Eine ganze Reihe kleinerer Industriestädte ist neben Tel-Aviv im Entstehen begriffen. In Ramat-Gan, wo noch vor fünf Jahren nur wenige jüdische Familien lebten, stehen heute bereits mehrere modernst eingerichtete Mittel- und Großbetriebe. Viele weitere Fabriken werden dort geplant, so daß das Industriegelände in ganz kurzer Zeit bereits enorm im Preise gestiegen ist. Deshalb läßt sich heute die Industrie bereits in vielen anderen Siedlungen Judäas (in der Umgebung Tel-Avivs) nieder. Wenn diese Entwicklung noch einige Jahre andauert — und dies ist durchaus zu erwarten — wird Tel-Aviv bald das Zentrum des bedeutendsten Industrieviertels des Vorderen Orients werden.

Neben Tel-Aviv beginnt, besonders im letzten Jahre Haifa mit mit dem Emek als Hinterland — ein größeres Industriezentrum zu werden. Auch Jerusalem, das bisher wegen seines Wassermangels gemieden wurde, gewinnt wachsende industrielle Bedeutung, nachdem der Bau der neuen Wasserleitung bereits in Angriff genommen wurde.

In vielen Industrien besteht heute bereits Arbeitermangel. Einige neue Fabriken, besonders größere Betriebe, die bereits vollkommen eingerichtet sind, zögern noch mit der Eröffnung, weil sich nicht genug Arbeiter gemeldet haben.

Noch viel größer ist die Arbeiternachfrage im Baugewerbe, das ja jetzt durch die größere Einwanderung und den bedeutenden Touristenverkehr ganz besonders in Blüte steht. In den allerletzten Wochen ist sogar ein fühlbarer Mangel an ungelernten Arbeitern zu verzeichnen, was bisher wohl noch nie der Fall war. Die Nachfrage nach gelernten Bauarbeitern, die ja schon lange andauert, ist in der letzten Zeit derart gestiegen, daß heute ein gelernter Maurer, Bautischler, Kachelleger usw. zirka 0.70—1.50 Pfund pro Tag verdient. Viele Bauunternehmer können aber auch zu den höchsten Preisen keine Arbeiter mehr auftreiben, und die Büros sind heute mit fertiggestellten Plänen angefüllt, die aus Arbeitermangel nicht ausgeführt werden können.

Landwirtschaft und Zitruskultur.

Noch viel schlimmer, als in Industrie und Gewerbe, ist der Mangel an Arbeitern in den Orangenplantagen. Die jetzt dringend notwendigen Häuserbauten bewirkten eine ziemlich große Steigerung der Löhne im Baugewerbe, wodurch ein starkes Abströmen von der Landwirtschaft in die Bauindustrie zu konstatieren ist. Aber auch der jüdische Bodenbesitz wächst ständig, so daß heute die Zahl der benötigten Landarbeiter in keinem Verhältnis zur Zahl der tatsächlich vorhandenen steht. Eine immer wachsende Zahl jüdischer Pardesbesitzer ist daher gezwungen, Araber zu beschäftigen, die ja überall und immer für sehr wenig Geld zu haben sind. Die jüdische Gesellschaft muß nun untätig zusehen, wie sich die arabische Arbeit allmählich und in fast allen Siedlungen auf Kosten der jüdischen Arbeit ausbreitet und sie verdrängt. Mit großer Besorgnis sieht der ganze patriotische Jischuw der jetzt nahenden Orangenernte entgegen. Man befürchtet sehr, daß es schwer fallen wird, das einmal fallengelassene Prinzip der jüdischen Arbeit wieder einzuführen.

Nach diesen Betrachtungen wird es wohl klar sein, daß es nur ein Mittel gibt, all dies aus der Welt zu schaffen: Aufhebung der wirtschaftsstörenden Zertifikatenpolitik, die dem Aufbau des Landes nur schadet.

Zweites Einwandererheim für Juden aus Deutschland

Die Bnei Brith-Loge in Jerusalem hat für jüdische Einwanderer aus Deutschland ein zweites Einwandererheim eröffnet, da das bisherige Heim, das 30 Betten hat, sich als unzureichend erwiesen hat. Der Jerusalemer Hilfsfonds, die Hadassah und Privatpersonen haben die Mittel zur Einrichtung beider Einwandererheime zur Verfügung gestellt. Auch im ersten Heim wurde der Belegraum vergrössert, sodaß in beiden Heimen zusammen jetzt mehrere hundert Personen Unterkunft für die erste Zeit ihres Aufenthaltes in Jerusalem finden können.

Versuchsstation und Zitrusbaumschule

Auf Anordnung des High Commissioner wird in der in der Nähe der Kolonie Rischon Le Zion gelegenen Ortschaft Sarafan eine Versuchsstation für Citruskultur und eine Musterbaumschule errichtet. Auf der Station sollen Citruspflanzen die neuesten und besten Methoden dieses Wirtschaftszweiges demonstriert werden. Mit der Anlage des Versuchsgartens wurde bereits begonnen.

Kleiderfabrik

In der an Tel Aviv angrenzenden Kolonie Bnei Brak wird von der aus Glasgow stammenden Familie Sunderland eine große Kleiderfabrik errichtet.

Psychoanalytisches Institut

Jüdische Einwanderer aus Deutschland haben in Palästina eine psychoanalytische Vereinigung ins Leben gerufen, die demnächst ein Psychoanalytisches Institut mit einer eigenen Klinik unter Leitung des ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung und Vizepräsidenten der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung Dr. M. Eitingon errichtet wird.

Palästina-Grape Fruits nach Deutschland

Ende Oktober wurden in Jaffa 4387 Kisten Grape Fruits nach Deutschland verladen. Die Gesamtcitrusausfuhr bis Ende Oktober betraf 31.139 Kisten Grape Fruits, 7716 Kisten Citronen und 12 Kisten Tangerinen, insgesamt 38.867 Kisten.

Kongreß für städtische Hygiene in Tel Aviv

Der Bürgermeister von Tel-Aviv Meir Dizengoff lud den Verband für städtische Hygiene ein, den für Dezember 1934 geplanten Internationalen Kongreß für städtische Hygiene in Tel-Aviv abzuhalten. Sollte dieser Einladung Folge geleistet werden, so wird die jüdische Stadt Tel-Aviv in ihren Mauern zum ersten Mal einen internationalen Kongreß beherbergen.

Kfar Hamakkabi

Laut Beschluß der Makkabikonferenz wurde mit dem Hauptbüro des K. K. L. ein Abkommen getroffen, wonach der K. K. L. Boden zur Gründung einer Makkabisiedlung zur Verfügung stellt, der Makkabiweltverband andererseits die Verpflichtung übernimmt, innerhalb von zwei Jahren 5000 Pfund aufzubringen.

Durch diesen Beschluß wird einem langjährigen Wunsch der jüdischen Sportler nachgekommen. Die Not der Zeit, die physischen Verfolgungen und seelischen Kränkungen, die Hoffnungslosigkeit, sich je wieder in den Produktionsprozeß der verschiedenen Wirtsvölker eingliedern zu können und nicht zuletzt die Liebe zum Heimatland drängen immer größere Teile der jüdischen Jugend nach Erez Israel. Tausende Sportler, die anläßlich der ersten Makkabiah das Land in seiner Blüte gesehen haben, sind vom Gesehenen begeistert heimgekehrt; warben dann mit der Kraft ihrer Ueberzeugung neue Anhänger. Ein starker Drang nach Hachscharah und Alijah hat die jüdischen Sportler erfaßt. Aber wir befinden uns in der abnormalen Situation des Zertifikatensystems, welches obendrein noch eine Machtposition der Linken ist, also keineswegs die Wünsche der jüdischen Jugend befriedigen kann.

Nun soll Kfar Hamakkabi ein Sammellager aller jener jüdischen Sportler werden, die ins Land einwandern, hier sollen sie die nötigen Anweisungen für Seßhaftmachung, sowie Verwurzelung im Lande erhalten. Kfar-Hamakkabi soll die Zentralausbildungsstätte für Sport- und Turnlehrer werden, denn man kann nur solchen Instruktoren, die den Geist Erez Israels in sich aufgenommen haben, die Erziehung der jüdischen Jugend anvertrauen.

Erez Israel muß andererseits die Fahne des jüdischen Sports auf der internationalen Arena vertreten. Hier soll das jüdisch-olympische Dorf entstehen, in welchem die jüdischen Weltkämpfer für ihre Mission, das jüdische Volk im Sport zu vertreten, entsprechend vorbereitet werden.

Kfar Hamakkabi soll die Herberge aller Makkabim der Galuth und Erez Israels, das Zentrum des jüdischen Sports der ganzen Welt werden.

Beko

Ein jüdisches Schiff

Wie französische Zeitungen melden, ist dieser Tage in Antwerpen das erste jüdische Schiff eingetroffen. Das Schiff heißt »Immanuel« und gehört einer jüdischen Gesellschaft. Die ganze Bemannung ist jüdisch.

Das Exposé des Einwanderungsministers

(Vor unserem Pariser Korrespondenten).

Das neu gewählte Mitglied der Zionistischen Exekutive, Herr Jizchak Grünbaum, besuchte Paris vor seiner Abreise nach Palästina, wohin er sich begibt, um sein Amt als Leiter des Immigrations-Departements der Jewish Agency zu übernehmen. Für gewöhnlich, wenn Herr Grünbaum in Paris ist, wird für ihn von seinen Familienangehörigen (er hat hier eine Nichte) ein öffentlicher Vortrag arrangiert. Diesmal aber, nachdem er in einigen osteuropäischen Städten mit soviel »Erfolg« aufgetreten ist und insbesondere nachdem er der »illegalen Einwanderung« Kampf angesagt hat, wagten es nicht einmal seine treuesten Freunde, in einem öffentlichen Saal einen Vortrag zu veranstalten. Man fürchtete einen Sturm durch das allgemeine Versammlungspublikum, das ja am Eintritt durch eine noch so scharfe Saalkontrolle nicht zu hindern ist. So mußte diesmal der Grünbaumvortrag in einem Caféhaus abgehalten werden: in einem Zimmerchen des »Café de la paix« bei Kaffe und Bier hielt Herr Grünbaum sein »politisches Exposé«.

Ja, der Mann sprach an die drei Stunden zu einer braven Stammtischrunde von zwanzig Leuten.

Es würde sich wahrlich nicht verlohnen, darüber zu berichten, wenn dieser Mensch nicht einen so exponierten Posten einnähme. Hört man ihn nun, so erscheint es unfaßbar, daß dieser Mann im polnischen Judentum einst eine so weithin sichtbare Rolle spielen konnte und daß er jetzt noch einen wichtigen Platz in der Zionistischen Organisation einnimmt. Wenn er spricht, so paßt nicht ein Wort zum anderen, eine Absurdität folgt der anderen, eine Ungehobeltheit der anderen. Man begreift nur, daß er von grenzenlosem Haß zu Jabotinsky beherrscht ist, da er diesem sein Talent, seine Rednergabe, seine schriftstellerische Fähigkeit und politische Umsicht, der es gelungen ist, eine mächtige Bewegung zu schaffen, neidet. Er besitzt nichts von alledem, und das macht ihn krank. Und jene Phrasen seiner Reden, denen doch irgend ein Sinn zugrundeliegt, sind von derart skandalösem Inhalt, daß man seinen Ohren nicht traut, es nicht wahr haben kann, daß hier in der Tat ein jüdischer Repräsentant spricht. Informieren wir also die jüdische Welt über einige Geistesblitze, die während des letzten Vortrags in dem Caféhaus aus Grünbaums Lippen kamen.

Die erste und wichtigste Aufgabe der neuen Zionistischen Exekutive war, sagt Grünbaum, natürlich die, von der Regierung eine immer größere Anzahl von Zertifikaten zu bekommen. Aber als man das Verlangen nach 24.000 Zertifikaten richtete, verstanden einige der Freunde aus der Exekutive von alleine, daß die Zahl zu hoch gegriffen sei, denn man könne ja nicht von 13.000, die vor 6 Monaten angefordert wurden, auf 24.000 springen, da man doch, fuhr Grünbaum fort, verstehen müsse, daß 24.000 Zertifikate ungefähr 50—60.000 Einwanderer bedeuten, und dies im Verlauf eines halben Jahres. Wir verstanden selbst, daß der Oberkommissar sich nicht werde zu einer so großen Zahl bestimmen lassen und ahnten auch, daß unsere Forderung nicht akzeptiert werden würde, wir wandten aber unser Bemühen in die Richtung, daß der Forderung wenigsten in bedeutendem Maß stattgegeben werde. Um das zu erreichen begab sich die neue Exekutive nach London zu einem Besuch im Kolonialministerium, wo sie aber wieder fortgeschickt wurde mit dem Bemerken, daß die Festsetzung der Zertifikatenzahl ausschließlich und zur Gänze vom Oberkommissar abhänge.

Der Oberkommissar nun, von seinem Sommerurlaub zurückzurückgekehrt, teilte der Jewish-Agency mit, daß er gute Lust hatte, gerade 6.500 Zertifikate zu bewilligen; da aber so mancher Jude illegal ins Land kommt, so wolle er die Agency bestrafen und tausend Zertifikate von der für das nächste Halbjahr bestimmten Anzahl anullieren. Darüber hinaus kündigte er eben jenen Juden, den »Illegalen«, den Kampf an. Und es begannen die Razzien, die Jagd auf Juden, die nachts in den Hotels aufgegriffen und aus dem Land hinausgeschickt werden. Grünbaum findet es nun für nötig, zu bemerken, daß das nicht so schlimm sei, wie es eine gewisse Partei haben wolle, die nur vom Lärmschlagen lebe. »Ihr könnt dessen sicher sein,« sagt der Leiter des Einwanderungsdepartements der Jewish-Agency, »daß aus Frankreich mehr Juden ausgewiesen werden als aus Palästina.«

So erscheint es nahezu selbstverständlich, daß die Zionistische Exekutive die Zertifikate anzunehmen beschloß. Sie verfiel aber auf eine eigenartige Idee: alle 3000 Zertifikate, die der Jewish-Agency zur Verfügung gestellt werden, sollten bis Dezember ausgenützt werden, auf das die Jewish Agency zur Regierung gehen und ihr erklären könne, daß alle Zertifikate bereits aufgebraucht und deren Inhaber im Lande seien, wo sie Arbeit haben, das Land aber neue Arbeitshände brauche, weshalb sie, die Jewish-Agency, um Bewilligung einer weiteren Schedule für das laufende Halbjahr bitte. Der Oberkommissar aber erfuhr von diesem genialen Einfall der Jewish-Agency-Leute (interessant wäre es zu erfahren, wer ihn informiert hat), den zunichte zu machen er beschloß. Er erließ eine Verordnung, daß ein Schiff nicht mehr als 250 Einwanderer nach Palästina bringen dürfe, wodurch angesichts des gegenwärtigen Schiffsverkehrs zahlenmäßig ein restloses Aufbrauchen der Zertifikate bis Dezember unmöglich wäre. Da aber geriet die Zionistische Exekutive in Aufwallung und proklamierte Kampf: sie forderte, daß ein nach Palästina gehendes Schiff mehr als 250 Passagiere aufnehmen dürfe. Und dieser »Kampf« ist gewissermaßen gewonnen worden.. Nach energischen Vorsprachen beim Oberkommissar änderte dieser seine Verordnung dahin ab, daß er statt 250 Passagiere 400 gestattete. Grünbaum freut sich natürlich ob des »politischen Sieges« seiner Exekutive, zieht aber den kategorischen Schluß, daß von neuen Zertifikaten für das laufende Halbjahr nicht einmal geträumt werden könne.

Der Rest des Vortrages (dessen weit größerer Teil) bestand aus wüstem Marktweibgeschimpf gegen die Revisionisten, Jabotinsky und den Misrachi! Er erzählte, daß es ihm gelungen sei, ein Geheimzirkular des Schilton-Betar in die Hand zu bekommen, daß er im Warschauer »Hajnt« veröffentlichen ließ und apostrophierte den im Saal anwesenden Redakteur des Pariser »Hajnt« vorwurfsvoll, weil dieser das Zirkular in seinem Blatte nicht nachgedruckt habe. »Haben Sie solche Angst vor dem Schilton Betar?« kreischte Grünbaum, worauf ihm der Redakteur ruhig antwortete: »Wir gehen nicht auf Ihren Wegen!« Das brachte Grünbaum vollends in Rage. »Ich verlange von Ihnen, das Zirkular abzudrucken«, schrie er, außer sich vor Wut. »Das müssen Sie tun, nicht nur weil ich große Verdienste um das jüdische Volk habe, sondern weil ich auch einen Anteil am Pariser »Hajnt« besitze«. Der unerquicklichen Szene machte der Administrator des Pariser »Hajnt« mit der Bemerkung ein Ende: »Wir drucken keine Geheimzirkulare!«

Schemuel Delion.

Jabotinsky in Belgien

Sozialisten krawallisieren

Vor überfüllten Sälen fanden am 15. und 16. November in Brüssel und Antwerpen Vorträge des Präsidenten der Weltunion der Zionisten-Revisionisten Vladimir Jabotinsky statt. Vor einem aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzten Publikum sprach Jabotinsky über die drei Aufgaben dieses Jahres: Boykott, Gründung einer nationalen Gewerkschaft in Palästina und Petitionsbewegung. Während der beiden Vorträge herrschte im Saal selbst atemlose Stille, die nur ab und zu von stürmischem, langanhaltendem Applaus unterbrochen wurde.

In Antwerpen kam es außerhalb des Saales zu Demonstrationen einheimischer, nicht-jüdischer Kommunisten und Sozialisten, die versuchten den Saal zu stürmen; durch das energische Auftreten der Polizei wurden sie daran gehindert. Später kam es zu Zusammenrottungen vor dem Centuryhotel, wo Jabotinsky abgestiegen war, und vor dem Lokal der Revisionisten; doch auch hier machte die Polizei Ordnung.

Es liegen Beweise vor, daß diese nicht-jüdische Demonstranten von den hiesigen Sozialisten-Zionisten, die größtenteils Ausländer sind und deshalb der Gefahr ausgewiesen zu werden unterliegen, aufgehetzt wurden.

Misrachi-Landesverband für Oesterreich, II., Malzgasse 10, Parterre, veranstaltet ab nächster Woche Kurse jüdischer Temata: Gustav Austerlitz: Talmud. — Dr. Sch. Lilienfeld: Tnach. — Abs. theol. und phil. N. H. Frostig: Propheten (Jeremias). — Rabbiner Zickier: Talmud. — Rabbiner Dr. M. Gerstel: »Palästina-Geographie«. — Festsetzung der Stunden wird noch bekanntgegeben und Anmeldungen werden täglich von 4 bis 8 Uhr im Misrachi-Sekretariate, II., Malzgasse 10, entgegen genommen.

In der am 4. XI. 1933 stattgefundenen ordentl. Generalversammlung d. J. A. Philosophenvereins wurde Hr. Kollege Michael Seidmann zum Obmann gewählt. In den Ausschuß entsandt wurden weiters die Kollegen: Judenberg, Genser, Schönberg, Stark, Sinnreich, Kelsen, Blumenfeld, Neumann, Eckstein.

Am 29. Nov. 1933 findet punkt 8 Uhr (ohne akad. Viertel) im Heim der »Judäa« IX., Alserstraße 26 ein Vortrag d. Hr. Dr. Eckstein über: »Jüdische Philosophie und Gegenwart« statt. Gäste willkommen!

Der J. Akad. Philosophen-Verein veranstaltet an jedem 2. Donnerstag um 9 Uhr (mit akad. Viertel) ein »Chug Iwrith« unter Leitung des Koll. Genser im Zentralheim der »Judäa« IX. Alserstr. 26. Zutritt haben die Hebräisch sprechenden Mitglieder der »Judäa«. Kein Kostenbeitrag.

Ing. Emil Patlaschenko wird jeden Montag und Donnerstag im Turnsaal des Makkabi II., Leopoldsgasse 3 (städt. Volksschule) in der Zeit von ½7—¾8 Uhr abends, moderne Gymnastik und Jiu-Jitsu-Kurse abhalten.

Allen Betarim ist die Teilnahme an diesen Kursen zu empfehlen.

Weiters hält Ing. Petlaschenko eigene, fortlaufende Kurse über Gymnastik und Jiu-Jitsu, (Gesundheits- Entfettungsturnen, Akrobatik, Ballgymnastik, Trockenschiekurse) für Herren, Damen und Kinder, sowie Privatstunden in der Sportschule I., Trattnerhof 2 (Weiß) ab. Warme Duschen (Höhensonne) Masseur.

Wie wir erfahren treten am 22. November für Emigranten aus Oesterreich die nachfolgend angegebenen Preise in Kraft, die neben der Ueberfahrt von Triest nach Jaffa oder Haifa auch den Transport und Einschiffung des Gepäckes und die Einschiffungstaxe in Triest einschließen:

III. Klasse für Kategorie A, G. H.	S 254.25
III. Klasse für Kategorie B. C. D.	S 166.15
III. B. Klasse für Kategorie B. C. D.	S 144.15
Deck	S 120.45

Diese Preise gelten für die direkte Eillinie Triest—Palästina. Auskünfte erteilt: Lloyd Triestino, Wien, I., Kärtnerring 6 und Palästina Amt, I., Kärntnerstr. 28. E

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21 Telephon Nr. A-16-1-14